

Politik auf diesem Wege in das Schranken der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.
 Kompliziert wird das deutsch-französische diplomatische Spiel um die Zollunion durch das selbständige aktive Verhalten Italiens, das in den letzten Tagen durch den Abschluß des österreichisch-ungarisch-italienischen Kreditabkommens einen außenpolitischen Erfolg errungen hat, der sowohl die Deutschen wie auch die französischen Wandler in Genf nicht unbedeutend erschweren wird.
 Die deutsch-französische Zollunion ist heute das Schlüsselproblem der europäischen Politik. Die diplomatischen Kämpfe, die diese Frage ausgelöst hat, sind ein Ausdruck für die Gegensätze, in die das Versaillesystem geraten ist. Gleichzeitig aber sind diese Kämpfe notwendig verbunden mit den Versuchen des fran-

SPD-Worker von Wels zu Thälmann

Dortmund, 14. Mai. (Eig. Bericht.)
 Der seit 1906 in der SPD organisierte bekannte Funktionär Georg Kaba hat seinen Eintritt in die KPD erklärt. Er ist seit 27 Jahren gewerkschaftlich organisiert und gehörte der SPD seit einem Vierteljahrhundert an.
 Jetzt schreibt unter neuer Kampagnenoffe:

„In banger Sorge blühte ich lange den Ereignissen und den Taten der Führer entgegen, doch der neue Kurs kommt nie, kann nicht kommen — das eben ist der Fluch der bösen Tat! Darum folgt meinem Beispiel: Her zur KPD!“
 Am Schluß der Erklärung heißt es:

„Als ich Anfang des Jahres 1934 meinen Eintritt in die Gemeinschaftsorganisation vollzog, trat ich kurz darauf der Sozialdemokratischen Partei bei. Seit diesem Beitritt sind 25 Jahre vergangen. Partei und Gewerkschaft waren mir alles. Raum mit den Grundlagen der Organisation vertraut, erhielt ich im Wahlkreis Koblentz-St. Goar eine Funktion im Vorstand der SPD. Mühsam habe ich mit vielen Genossen die Steine für den Bau unserer Partei nach besten Kräften zusammengetragen und dafür noch Freiheitsstrafen auf mich genommen.“

Müssen Imperialismus, unter seiner Hegemonie einen europäischen Block gegen die Sowjetunion zu schaffen. Sie sind sowohl ein Ausdruck der Schwierigkeiten, auf die diese Versuche notwendig stoßen, als auch Etappen auf dem Wege der Bewirkung der französischen Pläne. Unter diesen Umständen müßten die Ergebnisse der Genfer Beratungen von folgender Bedeutung sein.

Die zweite Frage, die in Genf zur Debatte steht und seit Monaten die internationale Politik überschattet, ist die Frage der Abrüstung. Die große Abrüstungskonferenz ist für den 2. Februar 1935 festgesetzt. Der Völkerbundsrat soll jetzt den Präsidenten bestimmen. Die Verhandlungen der letzten Wochen haben in dieser Frage das Chaos nur vertieft. Die englisch-französisch-italienischen Plattenvereinbarungen sind an dem Widerstand Frankreichs gegen die italienischen Wünsche gescheitert. In der Frage der Bandabstimmung stehen sich die Interessen unversöhnlicher als je entgegen. Unter diesen Umständen ist sogar zweifelhaft, ob der vorgesehene Termin eingehalten werden wird.

Schließlich wird sich der Völkerbundsrat noch mit einer Reihe von Fragen zu beschäftigen haben, die seit 12 Jahren die europäische Politik in Unruhe stürzen und Ausgangspunkte dauernder Reibungen und Konflikte sind. Der deutsch-polnische Rindfleischkonflikt, der bereits die letzte Ratstagung beschäftigte, wird diesmal von neuem aufgestellt und zwar angesichts des Danziger Streikfalls in härterer Form als je. Der polnisch-litauische Gegensatz gehört auch zu diesen Streitfragen, die nur ein Ausdruck des großen imperialistischen Konflikts sind und solange gefährliche Brandherde bleiben werden, als es imperialistische Interessengegenstände geben wird.

Über alle diese Fragen treten in den Hintergrund nur dem Kernproblem der europäischen Politik in der Gegenwart: dem Problem der Zollunion, das im tiefsten Grunde nichts anderes ist als das Problem der Zusammenfassung der Kräfte der europäischen Kontinentalstaaten gegen die Sowjetunion.

Die Gesellschaft der Freunde der „Sozialistischen Monatshefte“ hielt dieser Tage in Berlin einen Diskussionsabend ab, wo der Sozialdemokrat Dr. Kallisti weitere Ziele forderete. Die ganze Besprechung soll Koggenbrat essen. Der Antrag, billiges Geizviertel einzuführen, sei Wahnsinn. Notwendig ist ein radikaler Abbau der Beamtengehälter. Alles, was seit der Besetzungsreform 1927 den Beamten gegeben wurde, müßte wieder gekürzt werden. Bierverbot, so sagte Kallisti, habe rechtzeitig erkannt, daß man bei den Beamten sparen kann. Man müsse ihm volles Vertrauen entgegenbringen. So reden die Sozialdemokraten hinter dem Rücken der Öffentlichkeit. Hier verraten sie ihre tiefsten Absichten.

Ergebnis der Preisrundfrage „Wie schmiedest du die rote Einheitsfront?“

Es wurden zuerkannt folgende Preise, die den Wert in Büchern (frei auszuwählen in der Buchhandlung, Flemingstraße 5) darstellen:

1. Preis im Werte von 15 Reichsmark	SPD-Worker wählt roten Betriebsrat (Zf 707)
2. " " " 5 " "	Erwangerdumung verhindern (Zf 712)
3. " " " 5 " "	Auf der „Bläte“ (Zf 753)
4. " " " 2 " "	Ein erfolgreicher Schied der roten Einheitsfront (Zf 798)
5. " " " 2 " "	Von den Tagesfragen ausgehend (Zf 748)
6. " " " 2 " "	Hindenburg als Dase und § 218 (Zf 659)
7. " " " 1 " "	Lohnabbau einstimmig abgelehnt (Zf 706)
8. " " " 1 " "	Diskussion mit Mann in Jülich (Zf 800)
9. " " " 1 " "	Wächlerin diskutiert auf der Bläte (Zf 808)
10. " " " 1 " "	Gespräch mit Taxianhänger (Zf 813)
11. " " " 1 " "	Alle verurteilen den Reichsrat (Zf 812)
12. " " " 1 " "	Einheitsfront mit der KPD (Zf 711)
13. " " " 1 " "	Arbeiternot — Kleinbauernnot (Zf 801)
14. " " " 1 " "	Gespräch mit Sozialsozialisten
15. " " " 1 " "	Systematisch arbeiten (Zf 790)

Die Anweisungen für die Ausfolgung der Preise können Montag, Mittwoch oder Freitag nächster Woche von 17 — 19 Uhr in der Redaktion abgeholt werden. Preisträger außerhalb Dresdens ersuchen wir, uns ihre Wünsche betr. der Bücher oder Broschüren mitzuteilen, wir übersenden diese dann franco.

„Proletarischer Schulkampf“ im Angriff

Freche Fälschung der SPD / Arbeiter-Eltern wählen Liste „Proletarischer Schulkampf“

Der proletarische Schulkampf hat in diesem Jahre erstmalig die Fronten im Schulkampf ausgereißt. Die Agitation brachte neben den kulturpolitischen Forderungen auch die entscheidende Frage: Kampf gegen das Kinderelend, in den Vordergrund. Gerade diese Frage zwang die SPD und die ihr unterstellte „Freie Schulkommunisten“ zu klaren Antworten. Die Arbeiter-Schulkommunisten sind durch ihre Konföderationspolitik die besten Voraussetzungen für die Entwicklung des Kulturkampfes geschaffen. Politisch und wirtschaftlich steht diese Partei der Arbeiter-Schulkommunisten da. Der Elternkampf konnte daher nicht mit „geltingen“ Waffen allein geführt werden von den Verehrern der „weltlichen“ Listen.

Deshalb mußte die SPD und die „Freie Schulkommunisten“ gegen die Listen des proletarischen Schulkampfes mit Wahlleiter vorgehen. Amüsant auf Anweisung der zentralen Instanzen gingen alle SPD-Wahllokale dazu über, das Wahlscheitern zu heucheln und die Unterschriftenlisten ihren Organisationen auszuliefern, die dann die Unterschriften, unter denen sich zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter befinden, zur Zurechnung der Unterschriften bewegen, um eine ungültige Wahlrückmeldung zu erreichen. Gegen die Listen der Christen wurde nichts unternommen. Einige Listen wurden bereits für ungültig erklärt.

Die größte Wahlfälschung erlaubte sich aber der Reichsbannerführer Pisch im Auftrage des Kulturpartells. Die Dresdner Volkszeitung bringt am 13. Mai einen Artikel für die „Weltliche Liste“, nach dem neben den reformistischen gefährdeten Organisationen auch der Arbeiter-Operantenbund, der Arbeiter-Photographenbund und der Arbeiter-Theaterbund für die „weltliche“ Liste einlegen und wählen. Die genann-

ten Organisationen haben sich aber bereits in der „Freie Schulkommunisten“ und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht annehmen, daß die SPD-Kulturpolitik gegen die Interessen der Arbeiter-Schulkommunisten gerichtet ist. Aber auch große Teile der Mitgliedschaft in den reformistisch gefährdeten Organisationen stehen in Opposition zur SPD-Kulturpolitik, so daß in diesem Sinne „Kultur“ des Herrn Pisch nur hemmen ist, die reformistischen Führer der Organisationen sich für die „weltlichen“ Listen einlegen.

Die Klassenbewußten Arbeiter haben nichts mit der Partei und den Führern der Konföderationspolitik zu tun!

Die in den letzten Tagen erfolgte Kleinarbeit für die Listen „Proletarischer Schulkampf“ zeigt bereits einen gewaltigen Einbruch in die Reihen der christlichen und sozialdemokratischen Arbeiter.

Morgen entscheiden sich die wertvollen Eltern nicht für eine „Schulfrage“, sondern für die großen Gebahren im Klassenkampf um die Schule und in der Schule!

Für Beseitigung der Not des proletarischen Kindes.

Für Beseitigung des gesamten Unterrichts.

Für Trennung der Kirche von Staat und Schule.

Für diese Forderungen führen die Listen „Proletarischer Schulkampf“ die Mobilisierung der proletarischen Eltern durch. Proletarische Eltern! Macht Schluß mit den „christlichen“ und reformistischen Feinden des proletarischen Kindes und des proletarischen Kulturkampfes!

Am 17. Mai wird von 8 bis 17 Uhr gewählt nur Liste „Proletarischer Schulkampf“!

Klassenurteil im Großenhainer Prozeß

15 Nazis freigesprochen, 7 milde „bestraft“ / 10 RB-Worker zu 3 1/2 Jahren verurteilt

Dresden, 16. Mai.

Gestern wurde durch das Gemeinsame Schöffengericht Dresden im Großenhainer Prozeß gegen die Reichsbannerarbeiter ein Klassenurteil 1. Grades gefällt. Die 11 Reichsbannerarbeiter wurden zusammen zu 3 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt, ein einziger kam frei nur durch Einstellung des Verfahrens. Reichsbannermann Reichelt wurde zu 6 Monaten, Richter und Wagner zu 4 Monaten, Pasterik, Sells, Tennert und Adam zu 3 Monaten Gefängnis und Jöllner zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Von den 22 Nazis wurden 15 freigesprochen und stehen zu 2 Jahren 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Der vom Staatsanwalt als Haderführer bezeichnete SA-Führer Reul zu 5 Monaten, Schmidt zu 4 Monaten 2 Wochen, Wolf zu 3 Monaten, Klut, Pöschel und Paul Schneider zu 2 Monaten und 2 Wochen und Witzmann zu 2 Monaten Gefängnis.

Der sozialistische Klassenrichter erklärte, daß er es ablehnt, den Ueberfall auf das Gewerkschaftshaus als Landfriedensbruch zu bewerten, da nicht genau festgestellt werden sei, wer angegriffen hat! Damit wird die Planmäßigkeit des SA-Ueberfalles vollständig übergegangen und den Nazis ein Freibrief für den sozialistischen Terror gegen die Arbeiter gegeben.

Alles hätte eine Verurteilung in umgekehrten Verhältnis erwartet. Selbst die Nazis waren samt ihren Rechtsanwältinnen auf Grund ihrer milden Verurteilung sichtlich getroffen. Die Reichsbannerarbeiter wurden von einer ungeheuren Empörung erfüllt, was in der erregten Diskussion nach Schluß der Urteilsverkündung zum Ausdruck kam.

Für die sozialdemokratischen Arbeiter ist dieses Urteil eine bittere Lehre. Der „demokratische“ Staat schützt die fascistischen Arbeiterverbänden und sie, die sozialdemokratischen Reichsbannerarbeiter werden als „Schlüssel“ der „Demokratie“ in die Gefängnisse der Republik geworfen. Das ist das Resultat der SPD-Politik.

Wir werden in unseren Schlußbetrachtungen am Montag auf das schändliche Urteil gegen die Reichsbannerarbeiter näher eingehen.

Leipzig, 15. Mai.

Der Chefredakteur der Wegscheburger Tribüne, Genosse Nikolaus Pfaff, wurde vom 4. Senat des Reichsgerichtes zu einem Jahr Festung verurteilt. Der Reichsanwalt hatte 1 Jahr und 6 Mo-

nate beantragt. Die Anklage „hüßt“ sich auf ein Mobilisierendes in der Tribüne, das in der Tribüne über eine Verurteilung auf einen Bericht in der Tribüne über eine Verurteilung — in der Genosse Pfaff nicht einmal gesprochen hat — stützt.

Polizeibündnis mit Hitler

Am Montag kam es hier in einer Versammlung der Partei in der Friedrichstraße zu hitlerianischen politischen Besprechungen mit einer Gruppe SA-Leute, die der Gruppe Richtung angehören. Als die Stimmens-Liste oppositionelle Forderungen machte, ging der Saalführer der Hitlerpartei gegen sie vor. Nur dadurch, daß die Polizei dazwischentrat, wurde es große Schlägerei verhindert. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen stellte sich die Polizei auf die Seite der Hitlerianer und warf, gemeinsam mit diesen, die Stimmens-Liste dem Verfall.

Briefe an Leutnant Scheringer. Geben ist eine sehr interessante Broschüre herausgekommen, betitelt: „Erprobtes Deutschland, Briefe an Leutnant Scheringer.“ Darunter lese ich die bisher der Öffentlichkeit noch nicht bekannt sind. Der Verfasser und neuen Freunden des roten Reichsbannerleiters, Dr. Pisch, fand sie schon am ersten Tage reichende Abnahme. Da sie nur 10 Pfennig kostet, sollte man sie in den weitesten Kreisen zur Verbreitung vortreiben.

Im letzten Bewußtsein, daß die sozialdemokratischen Führer alles schänden, was die Kirche verlangt, konnte sich der Reichsbannerabgeordnete Pischender in der Landtagsdebatte vom Montag 9 unerschrockensten Protestationen gegenüber der Reichsbannerleitung erlauben. Pisch erklärte Pischender: „Die Reichsbannerleitung in ihrer antisozialistischen Propaganda kann anderen Reichsbannergruppen niemals gleichgestellt werden.“ Pischender, der vorangehende Reichsbannerführer auch vom preußischen Reichsbannerleiter Severing, daß er in Zukunft keine proletarischen Kundgebungen in der Nähe von Kirchen mehr gestattet. Severing gab jetzt die Antwort: „Sowohl, ich bedauere, daß am 1. Mai in Doppel-Kundgebung der Kommunisten in der Nähe der Kirche stattfinden konnte.“

Noch zwei spanische Klöster in Flammen

Madrid, 15. Mai.

Auch in Keres wurden nun über die reaktionäre Haltung der Kirchenfürsten empörten Volkskräfte zwei Klöster in Flammen gesetzt.

Zur Bekämpfung der Besetzung hat die Regierung die Beschlagnahme des gesamten Vermögens des Erzbischofs angeordnet. Zugleich übernimmt der Ministerpräsident Alonso in Burgos erklärt, eine Zusammenarbeit des Königs mit den Monarchisten in Spanien sei „nicht erwünscht“.

Die Kommunisten haben einen Aufruf erteilt, in dem sie den Kampf für eine Arbeiter- und Bauernrevolution, für eine Revolution der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter-, Soldaten- und Bauernrepublik im Geiste der bürgerlichen Republik unterstützen. Der Aufruf erhebt auch die Forderung, die Regierung über eine Zusammenarbeit der Kommunisten mit den Monarchisten um so leichter, als allgemein bekannt ist, daß an der Spitze des Volkskampfes gegen die Monarchisten gerade erweist. In den letzten Tagen die Kommunisten haben Mittwoch den 28. Mai wird dazu in Dresden im Reglerheim ein Vertreter der spanischen Arbeiter das Wort nehmen.

Die Ruhrproleten rüsten

Sochum, 14. Mai. (Eig. Bericht.)

Siehe fand am Dienstag eine Konferenz des Bezirks Ausschusses der KPD statt, die sich mit den Forderungen des Reichsbannerleiters beschäftigte. Der Genosse Seiffert hielt das Wort. Er erklärte, daß ein gewaltiger Aufruf in Richtung des Reichsbannerleiters im Ruhrgebiet einlegen muß. In der Diskussion wurden die Beschlüsse für die Durchführung des Aufrufs erörtert. Die bürgerliche Presse beschäftigt sich in einer heutigen Ausgabe mit dieser Konferenz.